IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, halbj. Fr. 8.—. Erscheint wöchentlich



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 131 | 18. Februar 1921 | י' אדר ראשון תרפ"א | Einzelnummer 40 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Audienz Sokolows bei Briand.

Der Pariser J.-Korrespondent der „J.P.Z." berichtet: Der Vorsitzende der Exekutive der Zion. Organisation und Präsident des Komitees der Jüd. Delegationen, Sokolow, wurde am 9. Febr. von Briand empfangen. Die Unterredung, die ausserordentlich lange währte, beschäftigte sich mit zion. Fragen, wie auch mit Fragen allgemein jüdischer Politik, insbesondere mit dem Problem der Emigration. Sokolow hatte von der Haltung Briands in diesen Fragen einen äusserst günstigen Eindruck.

Auch Mond ist von Briand empfangen worden, dem er Mitteilungen über seine Palästina-Reise machte.

Mond und Weizmanns Rückkehr aus Palästina.

Wie der Pariser J.-Korrespondent der „J.P.Z." mitteilt, sind Mond und Weizmann, auf der Rückreise von Palästina nach London, am 10. Febr. in Paris eingetroffen, wo sie eingehend mit Sokolow konferierten. Beide äusserten sich über die Aussichten und Möglichkeiten in Palästina ausserordentlich befriedigt. Mond ist am 11. nach London weitergefahren, während Weizmann bis zum 16. in Paris verbleibt.

Ein Economic Council in Amerika und Kanada.

Der Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet aus Amerika: James Rothschild ist es während der kurzen Dauer seines Aufenthaltes in Amerika gelungen, Grosses für die jüd. Sache, d. h. den Wiederaufbau Palästinas zu erzielen. Neben dem allgemeinen Interesse, das er durch seine zahlreichen Besprechungen erweckte und mehreren öffentlichen Vorträgen, darunter auch einen in hebräischer Sprache, über die hebr. Kultur in der Zukunft, gelang es ihm vor allem, sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Kanada, die prominentesten Juden, auch die, die zum grossen Teile bisher abseits der zion. Bewegung standen, zur Mitarbeit für den Wiederaufbau und Bildung eines Economic Council ähnlich dem in London zu gewinnen. Auf einer am 1. Febr. im Privat Office von Nathan Strauss stattgefundenen Konferenz der Vertreter aller zion. Landesverbände (allgemeine Org., Misrachi und Poale Zion), berichtete Rothschild, dass dem von ihm zustande gebrachten Economic Council u. a. angehören: Richter Irving Lehman als Vorsitzender, und als Mitglieder Felix Warburg, Coronel Herbert Lehman, Cyrus Sulzberger, Salomon Rosenblum, Oscar Strauss, Louis Marshall, Nathan Strauss und als Sekretär Louis Strauss, bisheriger Privatsekretär Herbert Hoovers. Die Konferenz, an der neben Mack und zahlreichen Provinzmitgliedern die ganze New-Yorker zion. Exekutive und von den Misrachisten Rabb. Berlin, Rabb. Teitelbaum und Bublick und von der Poale Zion David Pinski, Baruch Zuckermann und Dr. Syrkin teilnahmen, hat mehrere Resolutionen angenommen, worin u. a. James Rothschild der Dank für seine glänzenden Erfolge in Amerika ausgedrückt wird, ebenso Baron Edmond Rothschild (James Vater) für seine Leistungen für den Zionismus und die Hoffnung ausgesprochen wird, dass solche gemeinsame Meetings sich wiederholen mögen.

Dem von Rothschild in Kanada geschaffenen Economic Council gehören 75 kanadische Finanziers an, mit Mortimer Davis, dem reichsten Juden Kanadas, an der Spitze. Rothschild, der an der kanadischen zion. Konferenz, die auch äusserst wichtige Beschlüsse bezüglich des Keren Hajessod fasste, teilnahm, kehrte von dort noch für einige Tage nach Amerika zurück, um sich von da nach London zu begeben.

(Nach Redaktionsschluss ging uns ein unserm Herausgeber von Baron Rothschild gewährtes Interview zu, das wir infolge zu späten Eintreffens gezwungen sind, erst in nächster Nummer zu veröffentlichen. Auch in diesem Interview drückt Baron Rothschild seine Befriedigung über den von ihm in Amerika erzielten Erfolg und die von ihm durchgeführte Gründung des Economic Council aus.)

Beunruhigende Symptome in Palästina.

Interview mit Captain Aaronsohn.

Manche Einzelvorfälle der letzten Zeit und ganz besonders der arabische Palästina-Kongress in Haifa und die infolge davon entfachte Agitation haben in ängstlicheren Gemütern die Erinnerung an die vorjährigen traurigen Oster-Vorfälle wachgerufen. Um sich über die Berechtigung dieser Befürchtungen zu vergewissern, wandte sich der gelegentliche palästinensische Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich", H. A. Goodman, an Captain Alexander Aaronsohn um Auskunft. Bekanntlich bewährte sich Aaronsohn, jetziger intellektueller Leiter des „Doar Hajom", während des Krieges, zusammen mit seinem bei einem Luftfluge verunglückten Bruder, Agronom Aaron Aaronsohn, als Leiter des „Intelligence Service" im Dienste für England, wofür er mit einem höheren englischen Orden ausgezeichnet wurde. Aaronsohn, dessen Ausführungen dadurch, dass er bisher stets ein Verfechter der englischen Politik war, nur umso grössere Bedeutung gewinnen, war so liebenswürdig, in einem Interview unserem Korrespondenten folgende Fragen zu beantworten:

„Welches dürfte nach Ihrer Meinung der Grund für die kürzliche, erneute Agitation sein?"

„Diese Agitation wird von denselben Leuten geführt, die letztes Jahr in die Unruhen verwickelt waren. Während der ersten Monate nach der Ankunft Samuels waren diese Agitatoren ängstlich und verhielten sich ruhig; als sie jedoch sahen, dass der Oberkommissär nicht nur nicht rachsüchtig war, sondern sich ihnen gegenüber sogar freundlich zeigte, haben sie jede Furcht verloren. Ein bezeichnender Fall ist der von Aref-el-Aref, der vom Oberkommissär nicht nur amnestiert, sondern auch noch auf eine hohe Stellung in der Administration und zwar als Distrikt-Gouverneur-Assistent von Jenine berufen wurde. Das hat in diesen Agitatoren den Glau-

ben aufkommen lassen, dass sie Stellung und Einfluss gewinnen können, wenn sie die gleiche Taktik wie Aref-el-Aref verfolgen. Ein anderer Grund, der von ziemlich grosser Bedeutung ist, ist der, dass sich in der jetzigen Administration viele britische Beamte befinden, die unter dem Regime von Bols kein Geheimnis daraus machten, dass sie die Politik von Balfour nicht billigen und die natürlich ihrer früheren Meinung und Taktik noch treu sind."

„Welches dürfte der Grund sein, dass der Oberkommissär bei seiner Ankunft das Personal nicht gewechselt hat?"

„Der Oberkommissär ist ein sehr edelgesinnter Mann und glaubte nicht an eine Politik der Rachsucht. Er hoffte, dass er als Oberhaupt einer Administration natürlich imstande sein würde, eine Politik festzulegen, die von den ihm untergeordneten Organen ausgeführt würde. Aber, so bedauerlich es ist, ich muss sagen, dass, mit Ausnahme von einigen wenigen, die meisten der britischen Beamten in der Administration wenig Sympathie für die Politik ihres Chefs zeigen. Hier nur ein Beispiel unter vielen: Vor zwei Monaten sandte der Oberkommissär allen Organen des Landes Instruktionen bezügl. der Benennung der jüdischen Kolonien mit ihren eigentlichen hebräischen Namen anstatt der arabischen Bezeichnungen, die während der militärischen Okkupation gebräuchlich waren. Bis jetzt ist diese Instruktion ein toter Buchstabe geblieben und Wegebezeichnungen, Eisenbahnstationen, Eisenbahn-Fahrkarten etc. tragen noch die alten, nichtjüdischen Namen. Dies verursacht berechtigten Verdruss bei den jüd. Bewohnern. Dies ist charakteristisch. Wieviele andere ähnliche Fälle ereignen sich in der Administration, die nicht so leicht zur Kenntnis gelangen!"

„Sie sagen, dass, von einigen Ausnahmen abgesehen, die britischen Administrations-Beamten mit Samuels Politik nicht sympathisieren: Können Sie mir irgendein Beispiel geben?"

„Tägliche Vorfälle im ganzen Lande werden meine Feststellung bestätigen können, aber nehmen wir nur den Fall von Nablus als Beispiel. Bei seiner Ankunft in Palästina, lud Herbert Samuel die Bevölkerung von Nord-Palästina nach Haifa, um ihnen die Botschaft des Königs zu verlesen. Einige von den Agitatoren des Nablus Distrikts bemühten sich, die Vertreter ihrer Städte zu verhindern, dieser Einladung nachzukommen. Der damalige Gouverneur von Nablus, Col. Cox D. S. O. machte der Bevölkerung klar, dass ein derartiger Akt als eine offene Empörung gegen die Regierung Seiner Majestät gedeutet werden würde, woraufhin alle Eingeladenen — in dem Bestreben, ihre Loyalität zu beweisen — sofort um Fahrkarten nach Haifa ansuchten. Jetzt schaut der Gouverneur von Nablus, Mr. Postlewaithe, ruhig zu, wenn die Araber seines Distrikts von einigen Agitatoren aufgehetzt und eingeschüchtert werden, um einige Unterschriften für anti-gouvernementale Petitionen zu erlangen. Des weiteren gingen einige Tage vor der kürzlichen Demonstration in Nablus Beamte in ihren offiziellen Uniformen in den Strassen von Nablus herum und hielten die Kaufleute an, ihre Geschäfte zu sperren und sich der arrangierten Demonstration anzuschliessen. Es darf nicht vergessen werden, dass die Munizipalitäten in Palästina einen Teil der offiziellen Regierung bilden und von Jerusalem aus ernannt werden."

„Glauben Sie somit, dass selbst in dem Nablus Distrikt, der durch seinen Fanatismus berüchtigt ist, die Bevölkerung der Regierungs-Politik sich nicht widersetzt?"

„Ich bin sicher, dass dies der Fall ist. Selbst in der Stadt Nablus selbst haben führende Muselmanen, wie Mufti, der Nakib el-Ishraf (der Vorsteher vom Theologischen College), Haidar bey Tukan, Nimr el-Nabulsi und viele andere wiederholt das Vorgehen von einigen selbstsüchtigen und fanatischen Agitatoren verurteilt. Unglücklicherweise üben diese grosszügigen und feinen Leute kein offizielles Amt aus, resp. geniessen seitens der Regierung keine Unterstützung, während die anti-gouvernementalen Agitatoren an den Spitzen der Munizipalität und als Richter, Polizei-Offiziere und auf anderen hohen Stellungen zu finden sind. Dies bringt die Bevölkerung natürlich dazu, zu glauben, dass die Regierung sich entweder fürchtet oder dass sie mit den Unruhestiftern sympathisiert."

„Halten Sie es nicht für richtiger, dass die Regierung ihr Programm in einer versönlichen Weise zur Ausführung bringt?"

Ja, natürlich. Das ist der Fall, seit Herbert Samuel in das Land kam; aber wenn der Geist der Versöhnung sich zur Schwäche entwickelt, dann ist es an der Zeit, eine strengere, obgleich immer gerechte Politik einzuschlagen, die allen Elementen der Bevölkerung Sicherheit gewährt. Es ist eine irrige Politik, in einem extrem-orientalischen Lande westliche Methoden anwenden zu wollen. Palästina ist 400 Jahre lang von den Türken mit eiserner Hand regiert worden und diese Herrschaft sofort durch eine andere von extremer Liberalität und Güte zu ersetzen, ruft eine unerwünschte Reaktion hervor."

„Halten Sie die Lage für so ernst, dass sich die Vorfälle, die wir letztes Jahr erlebt haben, wiederholen könnten?"

„Ja, ich tue das. Wenn öffentliche Demonstrationen wieder erlaubt werden, (sind inzwischen verboten worden. „J.P.Z.") so steht zu befürchten, dass der Mob wieder die Zügel in die Hand nimmt und die arabische Bevölkerung sich zur Annahme berechtigt glaubt, die Behörden würden nicht genügend energisch gegen ähnliche Vorfälle auftreten, was die Agitatoren natürlich für sich gehörig ausbeuten würden. Ein anderer Grund, der mich veranlasst, Ausbrüche zu befürchten, ist, weil vor zirka drei Monaten auf einem von arabischen Agitatoren in Haifa abgehaltenen geheimen Meeting beschlossen wurde, die Verbrecherwelle, die sich jetzt über das Land ausbreitet, zu enkouragieren und die Banditen zu schützen. Die Ereignisse der letzten Wochen beweisen, dass dieser Beschluss zur Ausführung gebracht wird. Die Tatsache, dass es 18 gefährlichen Verbrechern — einige unter ihnen waren Mörder — möglich war, vor zirka 10 Tagen aus dem Gefängnis von Jerusalem zu entfliehen, ohne dass irgend eine spätere Spur von ihnen, trotz der Tatsache, dass sofort Alarm gegeben wurde, gefunden werden konnte, beweist, dass irgendwelche Hilfe von aussen gekommen ist, die ihre Flucht ermöglichte und sie bis zum heutigen Tage versteckt hält. Der einzige denkbare Grund, warum dies geschehen ist, ist, sich ihrer während einer Demonstration zu bedienen, da diese Verbrecher wenig zu verlieren oder zu fürchten haben und jetzt jenen mit Händen und Füssen angehören, die sie schützen."

„Was müsste nach Ihrer Meinung geschehen, um diese Zustände zu ändern?"

„Erstens müssten alle Agitatoren, die der Regierung oder ihrer Politik sich öffentlich widersetzen, aller öffentlichen Aemter enthoben werden; zweitens sollte eine Proklamation erlassen werden, die der Bevölkerung ausdrücklich erklärt, dass die Regierung Frieden und Ordnung in dem Lande aufrecht zu erhalten wünscht und dass mit allen Agitatoren und öffentlichen Ruhestörern streng verfahren wird; und drittens müssen Polizei und Gerichte streng von jeder Politik ferngehalten werden. Wenn die gegenwärtige Administration sich nicht aufrafft, so wird sie bald finden, dass eine Unze Vorbeugung mehr getan haben könnte als zehn Unzen Heilung; der Optimismus der Aus-

übenden kann sie existierenden Tatsachen gegenüber oft blindmachen und jener Optimismus kann einen sehr heftigen Stoss erleiden, wenn es — leider — zu spät sein wird.“

Chronik.

Russland.

— Laut „Daily Herald“ hat die Soviet-Regierung auf Veranlassung des jüd. Kommissariats eine Untersuchung eingeleitet über die von den Truppen Budjennys veranstalteten Judenmassaker, während des seinerzeitigen Vormarsches nach Polen.

— Am 21. Jan. sind in Jerusalem Herr und Frau Stibelmann eingetroffen, die erst vor ungefähr 2 Monaten aus Odessa geflüchtet sind. Nach ihren Mitteilungen hat zur Zeit ihrer Abreise Barbasch noch gelebt; von dessen Verurteilung zum Tode sei ihnen nichts bekannt, dagegen wurden die beiden bekannten Zionisten Barsuzki und Ratschkowski tatsächlich von den Bolschewisten getötet. Das Leben in Odessa sei schrecklich. Handel und Privatinitiative gäbe es überhaupt nicht mehr. Zahlreiche Juden sind in Büros beschäftigt. Die Teuerung ist unglaublich. Am meisten deprimierend wirke die erzwungene Verleugnung der Persönlichkeit, da überall das Spitzeltum blühe Die Religiosität hat unter den Juden zugenommen. „Gott ist in sein Odessa zurückgekehrt,“ äusserte Stibelmann. Die jüd Schriftsteller, die durch eine Vereinigung prominenter Juden bedeutende Unterstützungen geniessen, arbeiten insgesamt in einem einzigen gemeinsamen Zimmer, darunter Bialik, Tschernichowski, Drojanow, Rawnitzki, Minkowski, u.A Sie bereiten umfangreiches literarisches Material für die Zukunft vor. Bialik ist am Abschlusse seiner Heine Uebersetzung; seine Druckerei wurde vollständig zerstört. Die 500 Mitglieder des Makkabi sind ihrer blauweissen Fahne, die sie nicht mit der roten vertauschen wollen, treu geblieben. An Stelle des Seminars und der grossen Jeschibah, sind jetzt Jargonschulen getreten. Die jüdischen Schriftsteller hatten bereits beim Bildungskommissar, einem Christen, die Erlaubnis bewirkt, hebräischen Unterricht zu erteilen, welche Erlaubnis jedoch unmittelbar darauf vom neuen Bildungskommissar, einem Juden, wieder aufgehoben wurde.

Litauen.

— In Wilna und Kowno wurden zwei Zentral-Bureaus der Misrachi-Organisation errichtet; verschiedene Jeschiwahs haben sich diesen Organisationen angeschlossen.

Die Organisation in Wilna gibt ein Wochenblatt in Jiddisch und eine Monatsschrift in Hebräisch heraus. Das Kownoer Zentral-Bureau hat einen Appell an alle orthodoxen Juden erlassen, in dem zur Unterstützung des Palästina-Werkes aufgefordert wird; der Appell ist von 40 litauischen Rabbinern unterzeichnet.

Polen.

Festlegung der nationalen Minoritätsrechte in der polnischen Konstitution.

Auf der letzten Reichstagssitzung wurden die Artikel 112—117 angenommen, die die Rechte der nationalen und religiösen Minoritäten festlegen. Art. 112 lautet: Jeder Bürger hat das Recht, seine Nationalität beizubehalten und seine Sprache und nationale Eigenart zu pflegen. Die polnischen Bürger, die zu den nationalen oder sprachlichen Minoritäten gehören, haben gleich allen anderen Bürgern das Recht, auf eigene Kosten humanitäre, religiöse und soziale Institutionen zu gründen, zu beaufsichtigen und zu verwalten, ebenso Schulen und andere Erziehungsanstalten und in diesen sich ihrer Sprache frei zu bedienen und den Vorschriften ihrer Religion nachzuleben. Der Zusatzantrag der jüd. Abgeordneten auf Zulassung der Sprache der nationalen Minderheiten auch in öffentlichen Institutionen und Gerichten wurde verworfen. Art. 113 lautet: Besondere Staatsgesetze sichern den Minoritäten im polnischen Staate volle und freie Entwicklung ihrer nationalen Eigenart zu, unter Beihilfe autonomer Verbände der Minderheiten, die im Rahmen der allgemeinen autonomen Verbände öffentlich-rechtlichen Charakter tragen. Der Staat wird bez. ihrer Tätigkeit Kontrollrecht haben und die Verpflichtung, im Bedarfsfalle ihre finanziellen Mittel zu ergänzen. Die Forderung der jüd. Abg. auf Autonomie der Provinzen, die keine polnische Majorität besitzen und Bildung von national-autonomen Verbände durch die Minderheiten wurde verworfen. Art. 115 lautet: Die Religionsfreiheit darf nicht in einer den Gesetzen widersprechenden Art ausgeübt werden. Niemand darf sich der Erfüllung der öffentlichen Verpflichtungen infolge der Satzungen seiner Religion entziehen. Niemand kann gezwungen werden zur Teilnahme an religiösen Tätigkeiten oder Zeremonien, insofern er nicht der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt untersteht. Die jüd. Forderung, dass niemand gezwungen werden dürfe, seine Feiertage zu verletzen, insofern dies nicht Militärdienst, Landesverteidigung oder die Erhaltung der öffentlichen Ruhe erfordern, wurde ebenfalls verworfen. Gegen die jüd. Anträge hat bis auf den Abg. Dombal (Wyzwolenie) das ganze Haus gestimmt.

— Auf Interpellation des Abg. Hirschhorn wegen der von den Truppen Balachowicz' verübten Exzesse, erteilte der Kriegsminister folgende schriftliche Antwort: „Die Uebergriffe, Gewalttaten und Raubüberfälle der Abteilungen Balachowicz' sind mir bekannt, jedoch tragen die polnischen Behörden keine Verantwortung, da sie alles getan haben, um diesen Missbräuchen entgegenzuwirken. Jetzt nach der Internierung dieser Abteilungen werden im Falle der Feststellung Schuldiger unter den Internierten, diese den betreffenden Gerichten ausgeliefert. zwecks Durchführung einer Untersuchung und Heranziehung zur Verantwortung für die verübten strafwürdigen Taten.

— Der Interpellation der jüd. Abgeordneten über die den Juden in den Interniertenlagern, vor allem in Strzalkowa, Dombie und Tuchola zu teil gewordene schlechte Behandlung (s. „J.P.Z.“ Nr. 129) entnehmen wir folgende Einzelheiten: In diesen Lagern werden die Leute häufig monatelang schuldlos interniert, auf Grund irgendeiner blossen Verdächtigung oder Denunziation oder auch auf Grund blosser Schikane der einzelnen Bezirkshauptleute, die auf diese Weise sich an ihnen missliebigen Personen rächen wollen. Kälte, Hunger, Mangel der elementarsten sanitären Einrichtungen, körperliche Misshandlungen seitens des Aufsichtspersonals stehen auf der Tagesordnung. Die schlimmste Behandlung wird den Juden zu teil, die in zahlreichen Lagern in besondere Gruppen eingeordnet werden. Ein verlässlicher Gewährsmann, Nichtjude und Nichtbolschewist, berichtet, dass in Dombie der Begleitoffizier sich nicht gescheut hat, selbst in Anwesenheit dieses Gewährsmannes die Leute in brutalster Weise zu malträtieren. In Strzalkowa haben die Behörden ihm direkt erklärt, dass es am besten wäre, diese Gruppen zu erschiessen und verweigerten ihnen die Ausfolgung der von ihm ihnen mitgebrachten Liebesgaben. Bei Einführung der Beleuchtung in den Baracken, blieben Juden und Kommunisten ohne Beleuchtung. Aus Dombie ergehen Klagen über fortdauernde Malträtierung der Juden, körperliche Misshandlung und Verstösse gegen die Sittlichkeit von Seiten der Soldaten während des Badens der Jüdinnen. Die von den jüdischen Gemeinden nach Strzalkowa übersandten Liebesgaben werden nicht immer unter die Juden verteilt. Andere verlässliche Zeugen berichten ähnlich.

— Der polnische Gesandte in Amerika, Pulaski, hatte sich in einem Interview geäussert, dass Rabb. Perlmutter überzeugt sei, dass die Judenfrage in Polen bereits gänzlich gelöst sei. In einem Schreiben an Pulaski stellt nun Abg. Perlmutter fest, dass er etwas derartiges oder selbst ähnliches niemals geäussert habe.

— In Polen wurden wiederum zahlreiche ausländische jüd. Zeitungen verboten, so die Londoner „Jewish Times“ und „Jewish Evening News“, der Berliner „Ostjude, New-Yorker „The Day and the Warheit“ und die „Jüd. Zeitung“ in Buenos Aires, denen zugleich auch das Postdebit entzogen wurde.

— Wie „Nasz Kurjer" erfährt, hat der Joint beschlossen, die den Juden Kongress-Polens und Westgaliziens gewährte Unterstützung stark einzuschränken, mit der Motivierung, dass die dortige Judenheit, speziell die reichen Kreise Warschaus, aus eigenen Mitteln Hilfe zu gewähren hätten. Die vollständige Liquidation der betreffenden Joint-Abteilungen werde bis zum 30. Juni vollständig durchgeführt werden, wohingegen in Warschau eine Zentrale für Polen auch weiterhin verbleiben wird, unter deren Leitung die Hilfsaktionen für Ostgalizien und die sogenannten Ost-Randgebiete geleitet werden sollen.

— Das Joint-Committee wird künftighin alle wirtschaftlichen Institutionen in Polen, die auf Grundlage der Selbsthilfe und Kooperative beruhen, in grösserem Masstabe unterstützen, in erster Reihe die sogenannten Kredit-Kooperativen (Genossenschaftliche Spar- und Leihkassen). Zwecks Umwandlung aller vom Joint bisher gegründeten Kassen in Spar- und Leihkassen, versandte die Joint-Zentrale in Warschau an alle Kassen entsprechende Statuten mit Anweisungen zur Durchführung der Registrierung. Nach der Registrierung werden diese Kassen bei Bedarf weitere Kredite vom Joint erhalten, jedoch nur solche Institutionen, die auch eigene Mittel besitzen, sei es auf Grund von Anteilscheinen oder Spareinlagen.

— Dieser Tage fand in Krakau eine Konferenz der Vertreter der westgalizischen Kultusgemeinden statt, die auf Ansuchen des Lemberger Rettungskomitees eine energische Unterstützung der ukrainischen Flüchtlinge beschloss. Des weiteren wurde über die Gründung des orthodoxen Rabbinerseminares in Lemberg beraten, für welchen Zweck Samuel Horowitz eine Million Mark gespendet hat. Die Lemberger Kultusgemeinde stellt ein Gebäude zur Verfügung und auch die Regierung hat eine jährliche Subvention von 150000 Mark zugesagt. Die Gemeindekonferenz hat die Unterstützung dieser Gründung beschlossen, obwohl noch mehrere orthodoxe Rabbiner, darunter vor allem die allerdings nicht in Galizien sich befindlichen Rabbiner Steinberg aus Brody und Katz aus Borszczow befürchten, dass die Anstalt nicht genügend orthodox geführt werden könnte. In Lemberg soll deshalb eine neue Konferenz stattfinden, um sich über die strittigen Fragen zu verständigen.

— Das Palästinaamt in Warschau hat vom staatlichen Emigrationsamt die Erlaubnis erhalten, Hausrat, Handwerkszeug und kleinere Werkstätteneinrichtungen, insoferne die Ausfuhrkommission ihre Bewilligung dazu erteilt, zu befördern. Das Palästinaamt kann diesbez. Abmachungen mit den Transportanstalten treffen, wie auch für die Emigranten alle Formalitäten erledigen. Auf Grund dieser Erlaubnis werden die Palästina-Auswanderer nicht mehr genötigt sein, bei den einzelnen Behörden so viel Zeit und Geld wie bisher zu verlieren.

Siebenbürgen.

— Am 6. Febr. fand in Grosswardein auf Initiative von Frau Sandor Ullmann und Frau Ignatz Jugreiss die konstituierende Versammlung des zu bildenden „Spitalvereins jüdischer Frauen" statt, um das seit Jahrzehnten bestehende interkonfessionelle jüd Spital, das im Laufe der Jahre unmodern und zu eng geworden war, weiter auszubauen und der modernen Hygiene anzupassen. Bereits auf dieser konstituierenden Versammlung wurden 250,000 Lei gezeichnet, die natürlich bei weitem noch nicht für Neubau und Einrichtung genügen. Da dieses das einzige jüd. Spital Grossrumäniens ist, erwartet man Beihilfe von sämtlichen wohlhabenden Juden Grossrumäniens, wie auch ausländischen Wohltätigkeitsinstitutionen.

Ungarn.

— Nach der Volkszählung vom 1. Januar 1921 ist ein starker Rückgang in der Zahl der Juden Budapests zu konstatieren, die von rund 925,000 Einwohnern jetzt nur noch zirka 23 Prozent ausmachen, gegen 33 Prozent zur Zeit der vorletzten Volkszählung. Der Rückgang ist durch das Horthy-System genügend erklärlich.

— Im Fenster der Gassenwohnung des jüd. Advokaten Dr. Horvath in Czegled explodierte dieser Tage ein halbes Kilo Ekrasit, ohne dass glücklicherweise Menschenleben zu beklagen gewesen wären. Es ist dies bereits das zweite, gegen Horvath unternommene Bombenattentat. Aehnliche Attentate fanden auch gegen den greisen jüd Advokaten Neumann und den angesehenen Kaufmann Sigmund Beck statt. Der jüd. Arzt Dr. Emmerich Bokor wurde vor einigen Wochen am hellichten Tage niedergeschossen. Sämtliche jüd. öffentlichen Notare wurden gezwungen, auf ihr Notariat zu verzichten, ebenso die jüd. Trafikanten und der jüd. Hotelier. Kein jüd. Kaufmann darf seine Ware auf dem offenen Markte der Stadt feilbieten. Sie mussten sich in den Tempelhof zurückziehen und dort einen Markt etablieren.

— Das Verordnungsblatt der Post- und Telegraphenverwaltung teilt mit, dass Korrespondenzen in hebräischer und jüdischer Sprache aus dem Postverkehr ausgeschaltet werden. Die jüngst gemeldete Ausscheidung der Juden aus dem telephonischen Fernsprechverkehr in Czegled scheint nicht auf diese Stadt beschränkt zu bleiben. Darauf deutet wenigstens eine Beschwerde des „Az Est" hin, die solche Vorfälle in Budapest bespricht.

— Die hebräische Zeitschrift des Rektors des Budapester neologen Seminars, „Hazofe" ist wieder erschienen.

Oesterreich.

— Auf Grund der Beschwerde Polens über die Ausweisung der polnischen Juden aus Oesterreich, hat der Völkerbundsrat die Oesterreichische Regierung ersucht, zur Verhandlung dieser Frage einen Vertreter in den Völkerbundsrat zu entsenden. Als solcher wurde von Oesterreich der Pariser Gesandte Eichhof ernannt.

Wien - F. - In der jüngsten Plenarsitzung des Wiener Kultusvorstandes kam ein von zion. Seite eingebrachter Dringlichkeitsantrag zur Verhandlung, die Wahlordnung dahin abzuändern, dass das aktive Wahlrecht allen volljährigen Angehörigen der Kultusgemeinde ohne Unterschied von Geschlecht und Staatszugehörigkeit zuerkannt werde, die seit mindestens 6 Monaten in der Gemeinde wohnen. Die Einsetzung einer Wahlreform-Kommission wurde einstimmig beschlossen. Ebenso gelangte ein zion. Antrag zur Annahme, das gänzlich veraltete Steuersystem der Gemeinde einer Revision zu unterziehen; es wurde zu diesem Zwecke eine Kommission eingesetzt. Dagegen wurde der Antrag Dr. Friedmanns (Zionist), durch sofortigen Beschluss die Vorstandssitzungen als öffentlich zu erklären, von der Majorität abgelehnt und die Frage gleichfalls einer Kommission zum „Studium" überwiesen.

Der Streik der Religionslehrer dauert nunmehr schon seit Wochen, ohne dass es bisher zu einer Einigung gekommen wäre. Die Lage hat sich derart verschärft, dass der Verband der städtischen Angestellten von Wien in einer Eingabe an den Bezirks-Schulrat, dessen sofortige Intervention fordert und im Falle der Ergebnislosigkeit mit einem allgemeinen Lehrerstreik droht. Die am 1. Febr. fälligen Gehälter hat der Verband der kommunalen Angestellten den Streikenden vorgestreckt.

Deutschland.

— Das jüd. Arbeitsamt, Abtl. für Handel und Gewerbe, entsendet am 3. März einen Vertreter nach Palästina, der insbesondere die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die für deutsche Zionisten im Lande vorhanden sind, studieren soll.

Berlin. - R - In einer vom Jüdischen Jugendbund-Berlin veranstalteten Versammlung des Verbandes jüd. Jugendvereine Deutschlands, bei der auch die Vertreter zahlreicher Provinzgruppen anwesend waren, hielt der Vorsitzende des Verbandes, Dr. Apfel, einen Vortrag über die Lage im Verbande und im deutschen Judentum, in dessen Verlauf er u. a. auch erklärte, dass die Nichtzionisten, die bisher dem Zionismus skeptisch und zurückhaltend gegenübergestanden haben, nunmehr verstehen müssen, dass Palästina keine Parteifrage, sondern eine Angelegenheit des gesamten Judentums ist. Man müsse die Verdienste der Zion Partei anerkennen, gleichzeitig aber einsehen, dass die Zionisten allein Palästina nicht aufbauen können. Der Redner schilderte die gesamtjüdische Bedeutung des Palästinawerkes und versprach, dass der Verband nach Besprechung der technischen Einzelheiten seine ganze geschlossene Kraft für den Keren Hajessod einsetzen wird.

Die Haltung der Trennungsorthodoxie beim XV. Deutschisr. Gemeindetag wird jetzt vom „Israelit" dahin interpretiert, dass die im Halberstädter „Bund gesetzestreuer Gemeinden" organisierte Orthodoxie sich mit Rücksicht auf die Ablehnung der orthodoxen Anträge bez. Frauenwahlrechtes u. Ausschlusses der Vertreter der liberalen Lehranstalten, der Gesamtorganisation nicht angeschlossen hat. Sie verlangt vielmehr, dass die „Gesamtorganisation" mit dem genannten „Bund" in allen nicht-religiösen die Stellung zum Staate etc. betreffenden Angelegenheiten auf paritätischer Grundlage zusammenarbeite

Vor einigen Tagen wurde hier ein „Schutzbund für deutschvölkische Ostseebäder" gegründet, der den Zweck hat, eine Anzahl von Badeorten an der Ostsee vor dem Besuch durch Juden zu schützen. Die Anregung kam von dem Badeorte Zinnowitz, der selbst bereits einen derartigen lokalen Schutzbund geschaffen hat. Die jüdischen Badegäste werden also gut tun, sich beim Besuch von Ostseebädern erst zu versichern, ob sie nicht Gefahr laufen, in ein derartiges Hakenkreuz-Nest zu geraten.

— Die deutsche Misrachi-Organisation hat auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin einen Nachtdienst errichtet, wo Emigranten mit Nahrung versorgt werden und für die erste Nacht nach ihrer Ankunft unentgeltlich Unterkunft finden. — Weiterhin wurde eine Küche errichtet, wo die Emigranten warme koschere Speisen erhalten Für weitere Ausgaben werden private Sammlungen veranstaltet.

— Das skandinavische jüd. Zentralhilfskomitee eröffnet als Zweigstelle seines Kopenhagener Büros in Berlin eine Pressabtei-

lung und Postvermittlungsstelle, die Berichte der jüd. Hilfsorganisationen und Hilfskomitees an Zeitungen, wie auch den Briefverkehr aus Zentraleuropa an die Verwandten in Russland und der Ukraine vermitteln soll.

Frankreich.

— Der „Matin" vom 9. Febr. veröffentlicht ein Interview mit Sokolow bezügl. der Rückkehr nach dem Heiligen Lande, worin der Präsident der zion. Exekutive die zionistische These auseinandersetzt: ihre menschliche, politische und allgemeine Nützlichkeit, und die schon erzielten praktischen Resultate. Das Interview ist mit einem Bild Sokolows begleitet.

— Nordau hat sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Südfrankreich begeben.

- J - Der bekannte russische Zionist Rozoff ist aus Palästina in Paris eingetroffen.

Paris. - J - Das Exekutivkomitee der Jüd. Welthilfskonferenz in Paris gibt unter Redaktion von Leo Gläser ein Bulletin, „Hilf" (s. „J.P.Z." No. 127) heraus, das in jiddischer Sprache in ungefähr monatlichen Abständen erscheinen soll. Die erste Nummer macht einen ausserordentlich gediegenen und vielseitigen Eindruck. Aus dem reichen Inhalt seien insbesondere die Artikel von Motzkin, der die Bedeutung der Karlsbader Welthilfskonferenz auseinandersetzt, von Jefrojkin, der eine prinzipielle Auseinandersetzung über die Art der Hilfeleistung in der gegenwärtigen Situation bietet, von Temkin über unsere Aufgaben in der Ukraine und von Gläser über die jüd. Wanderung in Europa u. die Hilfe durch Arbeit hervorgehoben. Von den Berichten sind insbesondere die über die Arbeit der grossen russischen Hilfsorganisationen „Ort" und „Ose" erwähnenswert. Eine reiche Uebersicht über den Stand der Notlage und der Hilfsarbeit in den einzelnen Ländern beschliesst das Heft. Unzweifelhaft wird die neue Zeitschrift, deren zweites Heft in Kürze erscheinen soll, als Informationsquelle allen Arbeitern auf dem Gebiete der Hilfstätigkeit von grossem Werte sein.

Holland.

— Auf der Jahreskonferenz der Zion. Org. in Holland, machte der Sekretär des holl. Misrachi der Konferenz die Mitteilung, wonach der Misrachi vom Keren Hajessod verlangt habe, dass ein Teil der aufgebrachten Gelder zur Verfügung des Misrachi gestellt wird, um diese Organisation in den Stand zu setzen, ihr Programm zu verwirklichen. Die Konferenz nahm daraufhin einstimmig folgende Resolution an: Die Jahreskonferenz der Zion. Org. in Holland anerkennt, dass das Verlangen des Misrachi auf gerechten Ansprüchen des traditionellen Judentums beruht und unterstützt diese Forderungen, die aus dem Versprechen, welches dem Misrachi auf dem zweiten zion. Kongress gemacht wurde, resultieren.

— In Amsterdam ist mit Zustimmung der zion. Landesorganisation eine von van der Hoef entworfene und in den königlichen Medailleurwerken hergestellte Medaille zur Erinnerung an die Beschlüsse von San Remo ausgegeben worden.

England.

Mond gegen die anti-britische Kampagne in Palästina.

In einem in der „Daily News" vom 14. Februar erschienenen Interview erklärte Mond, der eben aus Palästina zurückgekehrt ist, dass es dort ungeheure Möglichkeiten gebe. Grosse Pläne würden jetzt studiert, und die Regierung sei im Begriffe, für die Entwicklung des Landes eine Anleihe von mehreren Millionen aufzunehmen, für die volle Sicherheit vorhanden sei. Die Araber seien heute den Juden entschieden günstiger gesinnt und würden sich, wovon er überzeugt sei, immer freundlicher zu uns stellen, da die Atmosphäre des Misstrauens zerstreut sei. Er könne sich nicht streng genug gegen das aussprechen, was er nur anti-britische politische Kampagne nennen könne, die durch einen Teil der Presse in diesem Lande geführt werde. Artikel, die in einigen englischen Zeitungen erscheinen, die der zion. Bewegung feindlich gesinnt sind, kommen in den einheimischen, palästinensischen Zeitungen zum Abdruck und bilden die Basis für die dortigen, heftigen politischen Intrigen. Was den Handel anbelangt, so wäre es erwünscht, wenn die britischen Kaufleute ihren Handel nach Palästina ausdehnen möchten. Die Deutschen hatten vor dem Kriege dort fast eine Monopolstellung inne, und tun auch heute ihr Aeusserstes, um den dortigen Markt wieder zu gewinnen.

Amerika.

— Der Herausgeber der „J.P.Z." ist am 30. Jan. in New-York eingetroffen. Ausser kurzen Meldungen am Tage des Eintreffens brachten fast alle jüd. Tages-Zeitungen New-Yorks an den nächstfolgenden Tagen längere mit Photographien unseres Herausgebers versehene Meldungen über Zweck seiner Reise, Bedeutung und Verbreitung der „Presszentrale" usw. Ueber die ihm in Amerika bereitete Aufnahme äussert sich unser Herausgeber überaus befriedigt. Von zahlreichen Vereinigungen seien sowohl er als Oberrabb. Reich (Verbo) eingeladen worden, Referate über die Lage der Juden in der Tschecho-Slovakei zu halten. Auch das Büro des Jüdischen Kongresses hat ihm gleich nach seiner Ankunft eine schriftliche Einladung zukommen lassen, dem Büro einen Besuch abzustatten. Wir hoffen bereits in den nächsten Nummern mit dem Abdruck einer Reihe von Interviews beginnen zu können, die unserm Herausgeber von den prominentesten Persönlichkeiten Amerikas gewährt worden sind.

— Der Joint wird gemeinsam mit dem „Roten Magen David" eine grössere Sammel-Kampagne veranstalten, für die Unterstützung der jüd. Waisenkinder in Palästina. Die vom „Roten Magen David" gesammelten Gelder werden an den Waisenfonds des Joint abgeführt und ausschliesslich zugunsten der Waisenkinder in Palästina verwendet werden.

Kanada.

— Der am 30. Jan. in Montreal unter Vorsitz von Rabbiner Dr. Abramovitz in Anwesenheit von 246 Delegierten eröffneten Konferenz der Zionisten Kanadas lag als Haupttraktandum die Frage des Keren Hajessod vor. Neben Baron Rothschild nahmen als Gäste an der Konferenz teil: Schmarjah Lewin und Mack, der in einer fein pointierten Rede die kanadischen Zionisten zu beinflussen versuchte, bez. des Keren Hajessod ähnliche Grundsätze wie in Buffalo anzunehmen, da sonst das amerikanische Prinzip den europäischen Grundsätzen gegenüber in Nachteil kommen würde, wenn Kanada, das draussen als integrierender Bestandteil Amerikas betrachtet werde, der Londoner Auffassung des Keren Hajessod beipflichte. Es gebe wohl nur einen Zionismus, aber die Sammelmethoden müssten in den verschiedenen Ländern verschieden sein. Die Stellungnahme Macks bewirkte, dass die kanadischen Zionisten, die früher fast insgesamt der europäischen Auffassung zuneigten, etwas wankend wurden. Der genaue Wortlaut der unter grosser Begeisterung einstimmig angenommenen Resolution liegt der „J.P.Z." noch nicht vor. Die Einstimmigkeit würde jedenfalls darauf hindeuten, dass es zu einem Kompromiss gekommen ist. Schmarjah Lewin appellierte zugunsten der Plattform der Londoner Konferenz und des Maasser Systems und dankte nach Annahme der Resolution den kanadischen Zionisten für die den zion. Führern in Europa gewährte Hilfe, was dafür spricht, dass die Resolution dem europäischen Standpunkte Rechnung trägt. Die Konvention verpflichtete sich, im Verlaufe dieses Jahres eine Million Dollar für den Keren Hajessod zu sammeln, wovon 40 000 an Ort und Stelle gesammelt wurden. Bei der Statutenrevision wurde der Mitgliedsbeitrag auf 3 Dollar erhöht; trotz der Opposition des Misrachi wurde festgelegt, dass die kanadische Zion. Org. für Kanada die alleinige Vertretung der internationalen Zion. Org. bilde.

Erez Israel — Palästina.

Verbot öffentlicher Umzüge und Demonstrationen in Jerusalem.

In Ergänzung der Verordnung über die Einberufung von Versammlungen vom 1. Jan. wurde von der Regierung am 25. Jan. verordnet, dass alle öffentlichen Umzüge und Demonstrationen verboten sind, ausser wenn besondere schriftliche Erlaubnis seitens

des Kreisverwalters vorliegt. Religiösen Prozessionen wird solche Erlaubnis gewährt.

Das Präsidium des Waad Leumi bei Samuel.

Das Präsidium des Waad Leumi (Nationalkomitee) bestehend aus Jellin, Thon und Ben Zwi wurde von Samuel empfangen. In einer einstündigen Unterredung wurde Samuels Aufmerksamkeit auf zahlreiche aktuelle Landesangelegenheiten gelenkt, so vor allem auf die letzten Vorfälle in Sichem (Nablus), wo eine jüd. Aerztin (Dr. Krimski) von den chauvenistischen Arabern an der Niederlassung gehindert wurde. Es wurde auch auf die nicht besonders zahlreichen jüd. Beamten bei den Regierungsbehörden und die noch so wenig durchgeführte Gleichberechtigung der hebräischen Sprache hingewiesen. Samuel wies mittelst offizieller Dokumente nach, dass die Verantwortung für die letzten Vorfälle in Sichem keineswegs die Regierungsbeamten oder die Stadtverwaltung treffe. Auch in Sichem dürfte es in Bälde besser werden. Laut vorgelegten Listen wurde die Zahl der jüd. Beamten bedeutend vermehrt. Was die hebräische Sprache anbelangt, so werde er jede ihm vorgebrachte Beschwerde genauestens untersuchen lassen.

— Auf der in Jaffa unter Teilnahme von Weizmann, Ussischkin und Dr. Lourie stattgefundenen Sitzung der Zentrale der Erziehungskommission (Waad Hachinuch), gab der Vorsitzende Dr. Mossinsohn der allgemeinen Erbitterung der Lehrer Ausdruck, über die grosse Gleichgültigkeit der zion. Kommission (Simon, De Lieme und Szold) gegenüber den kulturellen Fragen im Lande. Jellin führte aus, dass sich die Zion. Org. absolut nicht der Erziehungsarbeit in Palästina entziehen könne, habe ja selbst die Regierung die Erziehung in ihr Tätigkeitsgebiet eingezogen. Rabb. Fishman erklärte, dass, wenn die Erziehungsfragen nicht mehr in das Tätigkeitsgebiet der Zion. Org. fallen werden, so werde der Misrachi auf diesem Gebiete zusammen mit der Agudas Jisroel vorgehen. Weizmann erwiderte: Vor wem wollt ihr eigentlich eure Erbitterung vorbringen und wen beeinflussen? Wisst ihr nicht, dass ich seit meiner Jugend einen Kampf für die Kultur führe? Nur dank der Kulturarbeit sind wir zur jetzigen grossen politischen Bedeutung gelangt. Zwischen Immigration und Erziehung braucht es keine Konkurrenz zu geben. Die Kommission hätte die Erziehungsfragen nicht berühren sollen. Es gibt allerdings Leute in unserer Bewegung, die, wie vor ungefähr 10 Jahren, vor einem neuen Uganda-Problem, einem geistigen, stehen. Ussischkin erklärte, dass er sich über diese Aufklärung freue, da es im Lande ein Häuflein Leute gäbe, die die Atmosphäre vergiften. Ungerechtfertigter Weise habe man die Leitung für die Sünden der Kommission verantwortlich gemacht. Nur ein kleiner Teil der Exekutive ist gegen uns und da der Parteipräsident mit uns ist, hoffen wir auf den Sieg.

— General Storrs ist am 28. Jan. aus Europa zurückgekehrt und hat seinen Posten wieder angetreten.

— Laut einer Verordnung Samuels ist das Emigrationsdepartement in Palästina einzig und allein autorisiert, Pässe auszustellen oder zu visieren.

— Der bekannte englische Zionist Hyamson, der während des Krieges Leiter der jüd. Abteilung im Foreign Office war, ist in Palästina eingetroffen, um im Emigrationsamte tätig zu sein.

— Auf Initiative des Sekretärs der Habone Gesellschaft, Arschewski, wurde unter dem Namen „Gesellschaft für Baumaterialien für Erez Israel" in Palästina eine Hilfsgesellschaft gegründet, die mit der Habone zusammenarbeiten soll, um ihr die nötigen Baumaterialien zu liefern. Das bereits einbezahlte Kapital beträgt 50,000 Pfund. Leiter der Gesellschaft sind: Silman aus Leeds, Sch. Cohen aus London und P. Cohen aus Manchester, der demnächst nach Palästina kommt, um die Arbeiten zu beginnen.

— Am 28. Jan. landete Boris Goldberg mit Familie in Jaffa.

— In Palästina ist der „Margarinekönig" von Holland, Wanderberk, zu kurzem Besuch eingetroffen.

— Der reiche Amerikaner Israel Reich, der vor einigen Wochen in Jerusalem weilte, spendete für das Waisenhaus Zion (Blumenthal) vorläufig 1600 Doll. und versprach, dem Waisenhaus weitere 25,000 Doll. zukommen zu lassen.

— Rabb Israel Purath beabsichtigt die Herausgabe eines Werkes, das die Ansichten der Talmudgelehrten über die Erziehung Israels zu Zeiten des Talmuds enthalten soll. Er hat gegen 8000 verschiedene Ausschnitte über dieses Thema gesammelt, die ein erschöpfendes Bild über den Stand der damaligen Erziehung geben sollen.

— In Jerusalem wurde dieser Tage die erste Tanzschule eröffnet.

— Entgegen den verbreiteten Gerüchten über vollständige Auflösung des Stybel-Verlags in Amerika erhielt Dr. Slousch die Nachricht, dass der Verlag allerdings nur in beschränktem Masse den Betrieb aufrecht halten wird und alle angenommenen Manuskripte entweder in Amerika oder in einem anderen Lande in Druck legen wird. Nach Ueberwindung der jetzigen Krise wird er seine umfangreichere Tätigkeit wieder aufnehmen.

Mütterberatungsstellen und Säuglingsfürsorge in Palästina.

Seit 5 Monaten weilt der bekannte ungarisch-jüdische Kinder- und Frauenarzt Dr. Barczi, ehemaliger Oberarzt der Budapester Poliklinik, in Jerusalem, wo er sich mit der Frage des Mutterschutzes und der Säuglingsfürsorge befasst In zwei ausgezeichneten Artikeln im „Doar Hajom" vom 5. und 6. Jan. untersucht Dr. Barczi diese Fragen vom wissenschaftlichen und nationalökonomischen Standpunkt und weist an Hand von statistischen Daten nach, wie sehr die von ihm vorgeschlagenen Institutionen zur Verminderung der Kindersterblichkeit beitragen könnten. Er fordert die Einrichtung von Mütterberatungsstellen, in welchen Arzt und Pflegeschwestern für Beratung werdender und gewordener Mütter sorgen, sowie eine Kontrolle über die Säuglingspflege ausüben Für den Anfang würden freiwillig organisierte Frauenhilfsvereine gute Dienste leisten. Die Hadassah könnte ihre Laboratorien beistellen. Dr. Barczi wurde bereits von Samuel empfangen; man verspricht sich von seiner Mitarbeit einen günstigen Erfolg für die Heranziehung einer gesunden jüdischen Generation im Lande.

— Präsident und Vizepräsident der Gesellschaft für die ökonomische Entwicklung des Landes, Seidner und Nowomiejski, erschienen bei Mond, der ihnen in Anwesenheit von Weizmann und Warburg sein grösstes Interesse für die Entwicklung der Gesellschaft ausdrückte und die Hoffnung aussprach, die Gesellschaft werde in ihrer weiteren Entwicklung mit dem Economic Council zusammenarbeiten.

— Dass Palästina von Samuel nicht als englische Kolonie betrachtet wird, beweist die Verordnung, dass Briefe aus Palästina bez. des Portos dem allgemeinen internationalen Tarife unterliegen, und keineswegs die den engl. Kolonien gewährte Ermässigung geniessen.

— Das Misrachi-Lehrerseminar erhielt aus Amerika die telegraphische Verständigung, dass der Joint die Subvention für die Schüler dieser Anstalt gutgeheissen habe, die von dort direkt an den Misrachi überwiesen werden wird.

— Am 29. Jan. sind in Haifa 42 Immigranten aus Polen und der Ukraine gelandet, während eine grössere Anzahl bereits in Alexandrien an Land gegangen war, um auf dem Landwege sich nach Jaffa zu begeben.

— Da es in manchen Kreisen Jerusalems schwer fällt, ärztliche Hilfe zu erlangen, hat sich eine Sanitätskommission gebildet, die zu bedeutend reduziertem Honorar Anweisungen herausgibt, auf Grund welcher ein von ihr engagierter Arzt neben einer Ordination in der Hadassahklinik auch tagsüber und während der Nachtzeit den Patienten Besuche abstattet.

— Der grosse Preisabbau in der Konfektion und Schuhbranche hat zu Verschlimmerung d. Lage d. Schneider u Schuster geführt. Auch im Druckereigewerbe sieht es nicht rosig aus, da ausschliesslich Zeitungen, Monatsschriften und Ankündigungen gedruckt werden, während Bücher, die einer grösseren Anzahl von Arbeitern für längere Zeit Arbeit geben könnten, fast nicht in Druck gelegt werden. Autoren und Herausgeber ziehen Wien wegen der dortigen viel niedrigeren Preise Jerusalem vor.

— Das Pressbüro des Waad Hazirim berichtet, dass de Haas, Sekretär der Zion Org. in Amerika, in einem Schreiben Klage führt, dass zahlreiche junge Leute, um ihre Bildung zu vervollkommen, aus Palästina nach Amerika auswandern, wo sie während der jetzigen Krise nur schwer ihr Fortkommen finden können, da sie grösstenteils nur genügend Geld für die Reise haben und in Amerika auf eigenen Verdienst resp. Unterstützungen angewiesen sind. Die amerikanische Zion. Org. könne sich ihrer mangels genügender Mittel für Bildungszwecke nicht gehörig annehmen, weshalb es ratsam sei, die jungen Leute von der Ausreise zurückzuhalten.

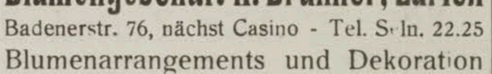
—Von der britischen archäologischen Schule wurde Dr. N. Slousch eingeladen, Vorträge über Epigraphik (Inschriftenkunde) zu halten, u. zw. die hebräische, aramäische und altkanaanitische.

— Im Alter von 72 Jahren ist am 29. Jan. Rabbiner Moses Halberstamm in Jerusalem gestorben.

— Als Beilage des „Haaretz" für Kinder ist unter Redaktion von Jakob Fichman Ende Jan. die erste Nummer einer Kinderwochenschrift „Haaretz" erschienen, deren sämtliche Beiträge mit Punktationen versehen sind.

Schweiz.

— Nach der letzten Volkszählung vom Dez. 1920. beträgt die Zahl der Juden in der Schweiz 20.951. Die allgemeine Zahl der Ausländer ist seit 1910 bedeutend gesunken und zwar von rund 552000 auf 410000 d. h. von 14,7 auf 10,6% der Bevölkerung.


Empfehlenswerte Firmen in St. Gallen

Empfehlenswerte Firmen in Bern u. St. Gallen

Bern
Rinners Wiener Cafe
Schauplatzgasse Ecke Gurtengasse



Vornehmes Familien-Cafe
Exquisite Getränke. Echte Wiener Küche. Holländische Likör-Stube.
6 Billards Gesellschaftszimmer

Berner Handelsbank Bern
(Gegründet 1863) besorgt
sämtliche Bankgeschäfte
zu coulantesten Bedindungen
Spezial-Abteilungen:
Reisebureau Bahn- u. Schiffskarten nach allen Weltteilen **Wechselstube** Geldwechsel, Kreditbriefe, Devisen

Bern 
Hôtel - Bristol
Neuerbautes bürgerliches Haus mit letztem Komfort. 2 Min. v. Bahnhof u. im Zentrum der Stadt. Fliessendes warmes und kaltes Wasser in den Zimmern. Zimmer mit Bad und Toilette. Restaurant.
130 Betten zu Fr. 5.— bis Fr. 7.— H. SPERL



Musikplatten
Wir halten in Musikplatten erster Marken jederzeit ein enormes Lager.
Platten beidseitig bespielt von Fr. 4.50 an
Verlangen Sie unsern reichillustrierten Spezialkatalog No. 17
KAISER & Co., BERN
Abteilung Musikapparate und Platten



Bijouterie
Fr. Hofer
29 Marktgasse 29
Bern
Perlen - Brillanten



Moderne Bureaumaschinen
A. MUGGLI, BERN
Hirschengraben 10 Tel. 2733



MÖBEL-WERSTÄTTEN
INNENDEKORATION
August Gysi, Bern
THEATERPLATZ 6
Spezialhaus für gediegene Wohnungs-Ausstattungen.
Verlangen Sie Muster u. Vorschläge. TELEPHON 32.61

Confiserie-Tea Room
G. Rohr, Bern
Monbijou Str. 19
Täglich frische Pâtisserie
Bonbons fins

Wenn Sie guet wei laufe,
De chöme Sie zu üs cho chaufe!
Schuhhalle Helvetia
im Kornhaus, Bern

Zur Stadt Paris **B. Hirschel** **A la ville de Paris**
BERN
Manufakturwaren aller Art
Damen- und Kinder-Konfektion

Hotel National
jetzt
Hirschengraben (Variété)
Zimmer von Fr. 4.50 an
Diner u. Souper zu 3 u. 4 Fr.



G. Louis Macchi, Bern
Kramgasse 64 - Telephon 2485
Elegante Herren- u. Damen-Maß-Schneiderei
Steter Eingang in englischen Nouveautés

Streng כשר Streng
Pension Lippmann
Bern : Speicherg. 29

Hotel Schiff, St. Gallen
Bürgerliches Haus im Centrum u. Bahnhofnähe
Speise-Restaurant, Gesellschaftssaal, Garage

Bindschedler & Siegl, St. Callen
Feine Juwelen, Gold- u. Silberwaren, versilberte Tafelgeräte, Armband- und Taschenuhren

Blumenhaus Kirchhofer, St. Gallen
Neugasse 38 - Telephon 125
Stets frische Blumen u. Blumenarrangements aller Art

Telephon 613 **PFUND** Telephon 659
MARKTPLATZ UND POSTSTRASSE
Conditorei -:- Café

Cabaret Minerva Bern
Täglich zwei Vorstellungen
Nachm. 5–7 und Abends 8–10½ Uhr
PRIMA KAFFEE - ERSTKL. WEINE
Genfergasse 8 Telephon 3377
Inhaber: S. JAKOBSOHN.

Seul Cabaret français à Berne
Direktion: FR. DUPERRET.